

Antrag E04: Kein Vergessen - Solidarität mit den afghanischen Frauen!

Laufende Nummer: 17

Antragsteller*in:	Juso-Hochschulgruppen Sachsen (Landeshochschulgruppen)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	E - Europa & Internationales

1 Nachdem die afghanische Hauptstadt Kabul im August 2021 in die Hände der Taliban fiel
2 und die Evakuierung der Ortskräfte durch westliche Staaten scheiterte, übernahmen die
3 Taliban am 17. August 2021 offiziell die Regierungsmacht in dem Land. Seitdem sind
4 Gewaltausübungen durch die Taliban an der Tagesordnung - insbesondere marginalisierte
5 Gruppen, wie Angehörige der tadschikischen oder der Hazara-Minderheit sowie LGBTQIA+-
6 Personen werden zunehmend Opfer von Erschießungen, Steinigungen oder Auspeitschungen
7 der Taliban. Besonders prekär ist die Lage der afghanischen Frauen und Mädchen seit
8 der Machtübernahme, was sich in Berufs- und Bildungsverböten, Zwangsehen und
9 Freiheitsbeschränkungen zeigt. Die Diskriminierung afghanischer Frauen und Mädchen
10 ist dabei so weitgehend, dass der Europarat kürzlich von einer systematischen
11 Diskriminierung "in every aspect of their lives" sprach.

12 Im Dezember 2022 setzten die Taliban den Zugang zu Hochschulbildung für Frauen aus,
13 was einen bedauernswerten Höhepunkt in der Verdrängung von Frauen aus öffentlichen
14 Räumen darstellt. Es handelt sich dabei also um ein geschlechtsspezifisches
15 einschneidendes Hochschulverbot, das vom UN-Hochkommissar zurecht als
16 Menschenrechtsverletzung bezeichnet wurde.

17 Dass viele Frauen in Afghanistan in den darauffolgenden Tagen und Wochen gegen ihre
18 Diskriminierung unter größter Gefahr öffentlich protestierten, zeugt von ihrem
19 bewunderswerten Mut und Selbstbewusstsein. Die Taliban jedoch besitzen die
20 Staatsgewalt: Projekte, wie die San Library, die Frauen und Mädchen einen Zugang zu
21 Bildung mittels Leseangeboten und Räumen zum gegenseitigen Austausch boten, mussten
22 auf Anordnung der Machthaber schließen, und ihre Gründer*innen sitzen mutmaßlich im
23 Gefängnis.

24 Aufgrund der besonders gravierenden Auswirkungen der Machtübernahme der Taliban für
25 Studentinnen, die seitdem zahlreichen Diskriminierungen unterworfen sind, stehen wir
26 solidarisch an der Seite der afghanischen Studierenden. Insbesondere die sich aus
27 genanntem Beschluss ableitenden Forderungen nach erleichterten
28 Immatrikulationsbedingungen für afghanische Studierende, Ausweitung von dezentralen
29 Studienangebote für afghanische Studieninteressierte und aufenthaltsrechtliche
30 Erleichterungen für - gerade weibliche - Studierende und Lehrende erscheint uns
31 hierbei besonders bedeutend.

32 Grundlegend ist festzuhalten, dass es einen klaren Zusammenhang zwischen Bildung,
33 insbesondere dem Zugang zu Bildung und der Emanzipation von Frauen gibt. Da Bildung
34 das kulturelle Kapital einer Person erhöht und somit die Chancen auf ein
35 selbstbestimmtes Leben in Unabhängigkeit ermöglicht, ist sie als zentrales
36 emanzipatorisches Element und wichtiger Baustein der Entwicklungshilfe zu betrachten.
37 Wie relevant die ermächtigende Wirkung von Bildung ist, zeigt auch das Ergebnis einer
38 Studie der Weltbank: "Investitionen in Bildung für Mädchen sind die wirksamsten

39 Einzelinvestitionen, die ein Entwicklungsland vornehmen kann.”

40 Umgekehrt ist auch zu erkennen, dass in Ländern, die autokratisch, oft auch
41 faschistisch, regiert werden, regelmäßig zuerst der Zugang zu Bildung für Frauen und
42 Mädchen eingeschränkt wird - der Fall Afghanistan zeigt dies exemplarisch. Wir sehen
43 zwei Jahre nach der Eroberung von Kabul durch die Taliban, dass Frauen und Mädchen
44 von der Machtübernahme am härtesten getroffen wurden. Auch hier war das Schulverbot
45 an weiterführenden Schulen für Mädchen eine der ersten politischen Handlungen der
46 Taliban und das Hochschulverbot für Frauen seit 2022 verstärkt die prekäre Situation.
47 Für uns ist klar: Die Taliban sehen in gebildeten Frauen eine Gefahr für ihr System
48 und rauben ihnen deshalb die Zukunft.

49 Durch den fehlenden Zugang zu Bildung steigt das Risiko der Ausbeutung und
50 Abhängigkeit für Frauen in Afghanistan immens an. Mittlerweile gibt es vor Ort eine
51 weitreichende Einschränkung des Zugangs zur Öffentlichkeit (Bewegungsfreiheit),
52 Arbeit und Bildung. Außerdem sind die afghanischen Frauen stärker von Armut und
53 Hunger, Gewalt - sowohl durch die Taliban als auch im Privaten - sowie von
54 Naturkatastrophen betroffen. Die tragischen Erdbeben, die Anfang Oktober 2023 die
55 Stadt Herat und ihre Umgebung stark erschütterten und unglaubliches Leid in der
56 afghanischen Zivilbevölkerung hervorgerufen haben, zeigen erneut auf, wie die
57 Einschränkungen der Frauen in ihrer Bewegungsfreiheit zu höheren Opferzahlen und
58 höherer Betroffenheit führen.

59 Insgesamt ist die drastische Verschlechterung der Lebenssituation von Menschen in
60 Afghanistan und der Freiheitseinschränkung für Frauen, insbesondere im Bereich der
61 weiterführenden Bildung, sowie die unzureichende öffentliche Auseinandersetzung mit
62 der Situation für uns als feministischer und internationalistischer Verband nicht
63 hinnehmbar.

64 Deshalb fordern wir:

- 65 • Die Verurteilung des Hochschulverbots für Frauen und der generellen Beschneidung
66 des Zugangs zu Bildung für weibliche Personen in Afghanistan;
- 67 • eine Selbstverpflichtung der Juso-Hochschulgruppen zur Auseinandersetzung mit
68 der Thematik, sowohl innerverbandlich und nach außen, basierend auf den
69 Grundwerten des Verbandes;
- 70 • das Fortführen von Entwicklungshilfen zur Unterstützung der Zivilbevölkerung vor
71 Ort und die Evaluierung des Verständnisses von Entwicklungshilfe im Sinne eines
72 ganzheitlichen entwicklungspolitischen Ansatzes und damit dem Vermeiden des
73 Profitieren der Taliban-Regierung;
- 74 • die Gewährleistung des Schutzes afghanischer Flüchtlinge, insbesondere in
75 Hinblick auf die geplante GEAS-Reform und Diskussionen um die Einstufung
76 Afghanistans als sicheres Herkunftsland;
- 77 • die flächendeckende Prüfung von Abschlüssen afghanischer Geflüchteter mit dem
78 Ziel der Anerkennung und des Ausbaus des Angebots an Weiterbildungen;
- 79 • den Ausbau von Unterstützungen im Bereich Integration und Traumabehandlung für
80 Geflüchtete sowie konkrete Hilfs- und Gesprächsangebote an deutschen
81 Hochschulen.
- 82 • Die Unterstützung eines innerafghanischen Dialogs, der eine afghanische

- 83 Regierung zum Ziel hat, die die rule of law anerkennt und an dessen Gestaltung
84 und Umsetzung maßgeblich und alleinig entscheidend die afghanischen Staatsbürger
85 selber sind
- 86 • Die finanzielle und ideelle Unterstützung der Schaffung einer (teil-)
87 öffentlichen Diskursgemeinschaft von Exilafghanen in Deutschland. Nur mit der
88 Erhaltung und Förderung der afghanischen Diaspora in Deutschland ist auch die
89 Erhaltung jener Bildungserfolge möglich, für die in den letzten 20 Jahren die
90 Internationale Gemeinschaft viele Ressourcen aufgewendet hat